

Gutowski, Armin

Article — Digitized Version

Noch nicht alle Chancen vertan?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gutowski, Armin (1982) : Noch nicht alle Chancen vertan?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 2, pp. 54-55

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135643>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Noch nicht alle Chancen vertan?

O bwohl von manchen Spitzenpolitikern für ungeeignet gehalten, hatte man sich unter dem Druck vor allem der Gewerkschaften und aus den Reihen der SPD gezwungen gesehen, „etwas zu tun“. Alle möglichen Vorschläge zur Besserung der Beschäftigungslage sowie zur Finanzierung derselben wurden vorgebracht, verworfen, wieder neu eingebracht und modifiziert. Es ist ein schwacher Trost, daß das Ergebnis des mehrmonatigen Hick-Hacks über die Verabschiedung eines Beschäftigungsprogramms hätte schlimmer ausfallen können. So hat die FDP noch zuletzt ein wenig Liberalisierung in das verkorkste Mietrecht hineingebracht; dies ist zwar ein Fremdkörper im Programm, hätte aber möglicherweise der vom Staat gebeutelten Bauwirtschaft mittelfristig mehr helfen können als das ganze übrige Paket zusammengenommen, wenn es gelungen wäre, glaubhaft zu machen, daß es sich hierbei nur um den Anfang einer Aktion zur Befreiung der Wohnungswirtschaft von der staatlichen Zwangsjacke handelt. Der Funke der Hoffnung für den Mietwohnungsbau wurde jedoch schon wenige Tage nach dem Beschluß vom zuständigen Bundesminister durch die Erklärung erstickt, man betrachte die geplante Änderung des Mietrechts nur als Experiment, über dessen Fortführung oder Abbruch schon nach zwei Jahren wieder beraten werden könne. Mit solchen, für den gegenwärtigen Regierungsstil leider symptomatischen Handlungen kann man freilich nicht die so dringend notwendige Stabilisierung der Erwartungen von Produzenten und Investoren erreichen, die Kontinuität und damit eine gewisse Vorhersehbarkeit der wirtschaftspolitischen Entscheidungen zur Voraussetzung hätte.

Der Kern des Programms ist die auf ein Jahr befristete zehnprozentige Investitionszulage, eine typische Maßnahme aus dem Instrumentenkasten der Konjunkturpolitik. Offenbar hat die Sorge vor Mitnahmeeffekten und vor zu hoher Ausgabenbelastung zu einer Einschränkung der Prämie auf solche Investitionen geführt, die den Jahresdurchschnittswert der in den einzelnen Unternehmen während der letzten drei Jahre getätigten Investitionen überschreiten. Damit wird der Attentismus von Unternehmen, die ihre Investitionen in der Hoffnung auf eine Zulage hinausgeschoben haben, nachträglich belohnt. Unternehmen in schrumpfenden Branchen, die sich in den vergangenen Jahren durch kräftige Rationalisierungsmaßnahmen bemüht haben, wenigstens einen Teil ihrer Arbeitsplätze zu erhalten, und dieses Ziel, wenn auch mit abnehmenden Investitionen, weiter verfolgen wollen, gehen leer aus.

Aufatmen kann man, daß die Ausgaben für das Programm wenigstens nicht auf eine Weise finanziert werden, die ihren möglichen, wenn wohl auch bescheidenen positiven Wirkungssaldo mit Sicherheit in einen negativen verkehrt hätten, wie es bei der Einführung einer investitionsfeindlichen Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer der Fall gewesen wäre. Auch die vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer entzieht freilich den Haushalten Kaufkraft. Doch mit der Verschiebung des Zeitpunktes für die beschlossene Erhöhung auf Mitte 1983 macht man sich eben diesen Effekt auf geschickte Weise zunutze. Käufe vor diesem Zeitpunkt werden wegen der danach zu erwartenden Verteuerung nun attraktiver. Man hofft, die Wiederbelebung der Wirtschaft werde bis dahin so weit fortgeschritten sein, daß die Mehrwertsteuererhöhung dann leichter verkraftet werden kann. Und die Gefahr, daß der zu erwartende Verteuerungseffekt auf die Lohnrunde von 1983 und vor allem von 1984 durchschlägt, soll durch eine entsprechende Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer zu Beginn des Jahres 1984 gemildert werden. Es ist eine riskante, aber doch erfolgsversprechende Kalkulation, bei der man den Einfluß des Sachverständs – etwa von Karl

Schiller, der nachdrücklich geraten hatte, dieses Lambsdorffsche „Findelkind“ in das Programm aufzunehmen – deutlich spürt.

Es sollte jedoch kein Zweifel daran gelassen werden, daß mit derartigen Tricks und ein bißchen Hilfe hier, ein bißchen Hilfe dort unsere schwerste Hypothek für die 80er Jahre, nämlich der Mangel an Arbeitsplätzen, für die heute schon Arbeitslosen und für die, die im Laufe der Jahre noch als Arbeitsplatzsuchende hinzukommen, nicht beseitigt werden kann. In unserer verfahrenen Situation kommt es auf ganz andere Dinge an als auf ein wie auch immer geartetes Beschäftigungsprogramm. Vor allem kann sich der Staat mit dem Programm auch nicht nur vorübergehend aus der Verantwortung schleichen, die daraus erwächst, daß sein Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Ausgaben zu hoch ist, daß er die Steuer- und Abgabenschraube überdreht hat und daß die Höhe seiner Defizite auf Dauer nicht hingenommen werden kann. Wenn die Wirtschaft wieder Vertrauen gewinnen soll, muß die Regierung ein Konsolidierungsprogramm für mehrere Jahre vorlegen. Die notwendige Kürzung der Ausgaben muß mit einer Revision der Aufgaben verbunden werden. Dazu sind Gesetzesänderungen notwendig, die die Verwaltung vereinfachen, die Subventionen beseitigen, die in der Vergangenheit geschaffenen Ansprüche auch im sozialen Bereich auf ein vertretbares Maß zurückschneiden, und auch nicht alles, was Investition genannt wird, kann heilig gesprochen werden. Nur solche Investitionen, die die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöhen, die also dazu beitragen, daß neue Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft rentabel werden, sollten Vorrang haben.

Die Ausgaben müssen auf diese Weise so weit eingeschränkt werden, daß Steuer- und Abgabensenkungen möglich sind, die die Abgabenlastquote der Bürger senken und trotzdem eine kontinuierliche Verminderung der Budgetdefizite möglich machen. Es genügt sicher nicht, Anfang 1984 die Lohn- und Einkommensteuersätze nur so weit zu senken, daß sie die Mehrwertsteuererhöhung wieder wettmachen. Es ist nicht einmal genug, darüber hinaus, wie anscheinend geplant, die Lohn- und Einkommensteuersätze so weit zu vermindern, daß der inflationsbedingte Anstieg der Steuerlast wieder einmal kompensiert wird. Nur wenn noch mehr geschieht, können wir wieder mehr Risiko- und damit auch mehr Investitionsbereitschaft erwarten und weiteres Abwandern in die Schattenwirtschaft verhindern.

Ferner kommt es darauf an, wenn wieder genügend Investitionen rentabel werden sollen, den Anstieg der Lohnkosten zu stoppen. Hierfür liegt die Verantwortung in erster Linie bei der Lohnpolitik. Eine Senkung der Lohnstückkosten durch Lohnabschlüsse, die deutlich unterhalb der zu erwartenden Inflationsrate liegen – und dies insbesondere für jene Gruppen, die vor allem von Arbeitslosigkeit bedroht sind – ist durch keine wirtschaftspolitische Maßnahme zu ersetzen. Es wäre gewiß besser gewesen, den Gewerkschaften ein Beschäftigungsprogramm zu versprechen für den Fall, daß bei niedrigen Lohnabschlüssen ein Anspringen der Investitionstätigkeit im erhofften Tempo und Umfang nicht sicher genug erscheint, denn dann könnte ein solches Programm die Initialzündung sein, die den Anfangsschub für ein stetiges und wieder rascheres Wachstum unseres Produktionspotentials liefert. Diese Chance ist noch nicht vertan. Die Gewerkschaften könnten sie nutzen, indem sie die Verabschiedung des Programms nicht zum Alibi für höhere Lohnabschlüsse nähmen, sondern es gerade durch niedrige Abschlüsse honorierten und damit den beschlossenen Maßnahmen doch noch zu einiger Wirksamkeit verhelfen.

Ob bei dem gesamten Programm ein positiver oder negativer Saldo herauskommt, hängt zum einen also davon ab, ob und inwieweit es dem Staat gelingt, ein gesetzlich fundiertes mittelfristiges Konsolidierungsprogramm vorzulegen, durch das der Staatsanteil an den gesamtwirtschaftlichen Ausgaben auf eine sinnvolle, d. h. die private Investitionstätigkeit fördernde Weise zurückgeführt wird. Den ersten Schritten, die mit der „Operation 82“ im vergangenen Herbst in diese Richtung getan wurden, müssen rasch weitere folgen, die die Konsolidierungsabsicht glaubhaft machen und damit die Chance erhöhen, daß die Wirkung der Investitionszulage nicht verpufft und nur eine neue Investitionslücke hinterläßt. Zum anderen wird Erfolg oder Mißerfolg des Programms davon maßgeblich mitbestimmt, ob die Gewerkschaften die Chance des Programms nutzen und sich zu der Einsicht durchringen, daß jetzt nur eine gemäßigte Lohnpolitik auch zu den arbeitsplatzschaffenden Investitionen anregt, die allmählich die Produktion wieder bei Vollbeschäftigung rentabel macht.